

# Ungesteuerte Massenimmigration als Effekt moralischer Erpressbarkeit

Wie Europa zum Notlazarett der Gesellschaftskrise entwicklungsblockierter Länder deformiert werden soll

Teil I:

Einleitung

## **Ursachenbekämpfung vor Ort statt Problemverlagerung via Migration**

1. Zur herrschaftskulturellen Kausalität der nach Westen gesteuerten Flüchtlingsströme
2. Flucht nach Europa als Naturgesetz?

Teil II:

## **Gesellschaftliche Folgen der unregulierten Masseneinwanderung für die Aufnahmeländer. Das Beispiel Deutschland.**

1. Ungesteuerter Zuwanderung als sozialökonomische „Bereicherung“?
2. Ungesteuerte Zuwanderung als soziokulturelle „Bereicherung“?
3. Ungesteuerter Zuwanderung als gesellschaftlicher Destabilisierungsfaktor

## **Grundlegende Aspekte eines problemadäquaten Handlungskonzepts**

## Einleitung

Die Bilder und Berichte über die Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer gehen nahe und lösen spontan mitmenschliche Anteilnahme und Hilfsreaktionen aus. Zugleich werden sie aber auch interessenpolitisch gezielt dazu missbraucht, einseitige und vielfach abwegige Schuldzuweisungen vorzunehmen und vor allem die tieferliegenden Verursachungszusammenhänge der Misere zu verdrängen. Man gewinnt so den Eindruck, als solle die Erzeugung einer moralischen Korrumpierungsatmosphäre dazu dienen, sowohl eine kritische Analyse der Fluchtursachen von vornherein abzublocken als auch eine kritische Reflexion der sozialen Folgen der Flüchtlingsaufnahme für die betroffenen Einwanderungsländer auszuschließen<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> Dabei ist bereits an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass es sich bei der überwiegenden Mehrheit der Flüchtlinge im Hinblick auf deren Status um *illegale* Zuwanderer handelt.

Gleichzeitig wird so getan, als sei die konkrete Form und Richtung des Fluchtbewegungsprozesses ein Naturgesetz, an dem man nichts ändern könne und das man schicksalhaft in seiner alternativlosen Gegebenheit einfach so hinnehmen müsse. Auf diese Weise werden die betroffenen Bevölkerungen der Aufnahmeländer gewissermaßen zu begossenen Pudeln degradiert und sowohl in ethischer als auch politischer Hinsicht entmündigt. Nur „Helfer“ und alle möglichen Spezies moralischer NarzisstInnen und selbsternannter (vordergründiger) Philanthropen sind erwünscht - kritisches Hinterfragen und begründete Einwände hingegen verboten. Man kommt sich vor wie in einem fortgeschrittenen Übergangsstadium in einen „gutmenschlichen Gleichschaltungsfaschismus“ der ideologisch besonders perfiden Art.

Im Kern, der politisch-medial umfassend desartikuliert wird, geht es um Folgendes: Kann und soll Europa (und dabei insbesondere auch Deutschland) zukünftig als - wahrscheinlich relativ rasch überfordertes - Aufnahmelager und Notlazarett für die vielfältige Masse der vom krisenhaften Zerbersten entwicklungsblockierter Länder Betroffenen und Bedrohten fungieren? Oder soll es sich im wohlverstandenen Eigeninteresse des soziokulturellen (säkular-demokratischen) Selbsterhalts dieser Zumutung verweigern, entsprechende Abwehrmaßnahmen durchsetzen und den Anteil soziokulturell disparater und integrationsunwilliger/-unfähiger Immigranten reduzieren? Dass die deutsche Bevölkerung diese Frage trotz grassierendem Bildungsverfall zumindest intuitiv erfasst hat, lässt sich daran ablesen, dass 37% der Deutschen laut Eurobarometer 82 Immigration als wichtigstes Thema bzw. wichtigste Herausforderung für Deutschland und Europa ansehen.

## **Ursachenbekämpfung vor Ort statt Problemverlagerung via Migration**

### **1. Zur herrschaftskulturellen Kausalität der nach Westen gesteuerten Flüchtlingsströme**

Der tieferliegende Grund für die Zuwanderungs- und Flüchtlingsströme aus Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten ist die herrschaftskulturell bedingte Unfähigkeit der dortigen, in starkem Maße islamisch geprägten Länder, die angehäuften sozialen Widersprüche und Krisenprozesse progressiv zu verarbeiten, d.h. im Rahmen einer nachhaltigen Modernisierungsrevolution zu lösen. Stattdessen werden die krisenauslösenden vormodernen Sozialverhältnisse, Herrschaftsstrukturen, Normen, ethnoreligiösen Konfliktraditionen und Mentalitäten etc. fixiert und infolge der fehlgeschlagenen westlichen Entwicklungshilfe- und Bündnispolitik durch parasitäre, korrupte und kleptokratische Strukturen negativ ergänzt. Hinzu kommen darüber hinaus zum Teil ökonomische und handelspolitische Beeinträchtigungen im Zuge der postkolonialen kapitalistischen Globalisierung, die aber im Endeffekt nicht die ausschlaggebende Relevanz der intern reproduzierten Krisenfaktoren übertreffen.

Im Einzelnen sind hier folgende Ursachenaspekte anzuführen, deren Folgen nun den Zielländern der Fluchtbewegungen durch Problemverlagerung aufgenötigt werden sollen:

1. Ein zentraler Aspekt der in den Fluchtländern tradierten vormodernen Herrschaftskultur ist der islamisch begründete Patriarchalismus<sup>2</sup>. Dieser wiederum generiert folgenden wesentlichen Grundwiderspruch der modernisierungsresistenten Gesellschaften: Je stärker

---

<sup>2</sup> Zur Konstitution des islamischen Patriarchalismus vgl. zum Beispiel den folgenden Kurztext: <http://www.hintergrund-verlag.de/texte-islam-krauss-ehrenmorde-haben-sehr-wohl-mit-dem-islam-zu-tun.html> Ausführlich: Arsel 2012.

die beherrschte und abhängige Ungleichstellung der Frauen ausgeprägt ist, desto höher die durchschnittliche Kinderzahl und desto knapper sind die positionellen Güter wie Arbeitsplätze, Bildungs- und Karrieremöglichkeiten, Wohnungen etc. - kurzum: Lebenschancen - für die nachwachsenden Generationen. Daraus folgt: Je länger eine umfassende soziokulturelle Modernisierungsrevolution auf Kosten der orthodox-islamischen Normativität hinausgezögert und die „muslim youth bulge“ (der muslimische Jugendüberschuss) nicht nachhaltig reduziert wird, desto katastrophaler könnten die gesamtgesellschaftlichen und globalen Folgen sein.

Generell gilt, nicht nur für islamische, sondern auch für andere religiös-vormodern normierte Gesellschaften, dass gegenwärtig mit 1,8 Milliarden mehr Menschen auf der Welt als je zuvor zwischen zehn und 24 Jahre alt sind. Davon leben 89 Prozent in Entwicklungsländern. In den am wenigsten entwickelten Ländern macht diese Altersgruppe 32 Prozent der Bevölkerung aus. „In Afghanistan, Ost-Timor und 15 Ländern in Afrika südlich der Sahara ist sogar die Hälfte der Bevölkerung jünger als 18 Jahre“ (Weltbevölkerungsbericht 2014, S. 2)<sup>3</sup>. Der hohe Anteil von Jugendlichen schlägt sich erwartungsgemäß in einer hohen Arbeitslosenrate nieder: „Im Jahr 2013 waren weltweit 73,4 Millionen Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren arbeitslos - etwa 36 Prozent der insgesamt 202 Millionen-Arbeitslosen“ (ebenda, S. 17).

Nur 22 Prozent der heranwachsenden Frauen nutzen Verhütungsmittel; zugleich werden täglich etwa 39.000 Mädchen unter 18 Jahren fremdbestimmt verheiratet. „Zwischen 2000 und 2011 waren schätzungsweise 34 Prozent der 20- bis 24-jährigen Frauen in Entwicklungsländern verheiratet oder in einer festen Partnerschaft, bevor sie 18 Jahre alt waren - schätzungsweise zwölf Prozent von ihnen sogar schon in einem Alter unter 15 Jahren“ (ebenda, S. 18).

„Nach Schätzungen der Vereinten Nationen werden 2015 rund 395 Millionen Menschen in den arabischen Ländern beheimatet sein (zum Vergleich: 2007 waren es rund 317 Millionen und 1980 150 Millionen).“<sup>4</sup> Mit 60 Prozent der Bevölkerung, die 25 Jahre alt oder jünger sind, weisen die Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens den weltweit höchsten Anteil junger Leute an der Gesamtbevölkerung auf.

Von 1950 bis 1995 wuchs die Bevölkerung in Afrika von 230 Millionen auf 717 Millionen; im Nahen Osten von 39 auf 151 Millionen. (Vgl. Klingholz/Sievert 2014, S. 7)

Dieses hohe Bevölkerungswachstum korreliert negativ mit einer gleichzeitig gegebenen wirtschaftlichen Stagnation bzw. zu niedrigen ökonomischen Wachstumsdynamik: „Nach 1980 gab es in der Region nahezu zweieinhalb Jahrzehnte lang fast kein Wirtschaftswachstum. Angaben der Weltbank zufolge stieg in den arabischen Ländern das reale BIP pro Kopf in den 24 Jahren zwischen 1980 und 2004 um insgesamt nur 6,4 Prozent (das heißt um weniger als 0,5 Prozent pro Jahr).“<sup>5</sup> Die unmittelbare Folge dieses Gegensatzes zwischen Bevölkerungswachstum/Jugendüberschuss und wirtschaftlicher Stagnation sind eine hohe Arbeitslosigkeit sowie eine hohe Armutsrate. Dabei liegt die Jugendarbeitslosenquote in den arabischen Ländern doppelt so hoch wie der weltweite Durchschnittswert. Insgesamt wird davon ausgegangen, „dass die arabischen Länder bis

---

3 [http://www.weltbevoelkerung.de/fileadmin/content/PDF/Weltbevoelkerungsbericht\\_2014.pdf](http://www.weltbevoelkerung.de/fileadmin/content/PDF/Weltbevoelkerungsbericht_2014.pdf)

4 Arabischer Bericht über menschliche Entwicklung 2009. Herausforderungen für die menschliche Sicherheit in den arabischen Staaten (Kurzfassung), S. 3.

5 Quelle wie Anmerkung zuvor, S. 11.

2020 etwa 51 Millionen neue Arbeitsplätze benötigen.“<sup>6</sup> Nach der internationalen Armutsschwelle von zwei Dollar pro Tag lebten 2005 20,3 Prozent der arabischen Bevölkerung in Armut. Legt man die höhere, nationale Armutsschwelle zu Grunde, dann liegt die Armutsquote bei 39,9 Prozent, was einer geschätzten Zahl von 65 Millionen Arabern entspricht.

In Nigeria, dem Land mit der größten Volkswirtschaft in Afrika, zeigt sich zum einen exemplarisch das Dilemma der Bevölkerungsexplosion an sich und zum anderen nochmals die soziokulturell unterschiedlich verteilte Antriebsdynamik dieses Prozesses: „Nach Prognosen der Vereinten Nationen dürfte die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2050 auf über 440 Millionen anwachsen. Dies entspricht in etwa der heutigen Einwohnerzahl Nordamerikas, allerdings auf einem Zehntel der Fläche.“<sup>7</sup> Im überwiegend muslimischen Norden liegt die Geburtenrate pro Frau mit sechs Kindern deutlich über der Rate im überwiegend christlichen Süden mit vier Kindern pro Frau.

Das chronisch unterfinanzierte Bildungssystem ist nicht in der Lage, den rasant angewachsenen/anwachsenden Nachwuchs adäquat auszubilden. „Bei der letzten Erfassung im Jahr 2010 gingen gerade einmal 64 Prozent der nigerianischen Kinder im Grundschulalter zur Schule. Damit blieb 8,7 Millionen Kindern der Grundschulbesuch verwehrt. Zwar werden viele Kinder verspätet eingeschult und mit Grundkenntnissen in Lesen, Schreiben und Rechnen ausgestattet, doch bleiben sie im Allgemeinen weit hinter dem Notwendigen zurück.“<sup>8</sup>

„In Mali gehen 27 Prozent der Kinder im Grundschulalter überhaupt nicht in die Schule. Im Jemen sind es 13 Prozent, in Ghana 18 und in Eritrea sogar 66 Prozent“ (Klingholz/Sievert 2014, S. 10).

Infolgedessen ist ein Großteil der Jugend weder für den lokalen noch für den globalen Arbeitsmarkt auch nur annähernd hinreichend qualifiziert, und so liegt die landesweite Rate der Jugendarbeitslosigkeit in Nigeria bei über 60 Prozent.

2. Die Wirkung des demographisch-sozialökonomischen Grundwiderspruchs wird zusätzlich verschärft durch die umfassende politische Repression, Korruption, Willkürherrschaft und Vetternherrschaft, wie sie in den entweder autokratisch regierten oder von militanter Anarchie und Staatszerfall gekennzeichneten Ländern vorherrscht. Auch hier verdeutlicht ein Blick auf Nigeria die verhängnisvollen Zusammenhänge. Obwohl das Land über große Erdöl- und Erdgasvorkommen verfügt, versickern die eingenommenen Petrodollars im korrupten Wirtschaftssystem. „Schätzungen zufolge wurden seit den 1970er Jahren durch die nigerianische Führungselite mehr als 400 Milliarden US-Dollar aus den Öleinnahmen veruntreut.“<sup>9</sup> Gleichzeitig leben fast zwei Drittel aller Nigerianer nach Angaben der Weltbank unterhalb der Armutsgrenze von 1,25 US-Dollar am Tag. Hinzu kommt, „dass die Rohstoffe das Land gänzlich unverarbeitet verlassen und deshalb kaum Jobs schaffen. So muss Nigeria teuer Benzin aus dem Ausland importieren, um den Eigenbedarf zu decken.“<sup>10</sup>

3. Die inneren Ursachen der Krisendynamik sowie der herrschaftskulturell bedingten Rückständigkeit werden darüber hinaus durch ungleiche und unfaire Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zugespitzt. So führt zum Beispiel der Erwerb von Fischereirechten

---

6 Quelle wie Anmerkung zuvor, S. 12.

7 Demos-Newsletter 184, 27.03.2015, S. 3.

8 Quelle wie Anmerkung zuvor.

9 Quelle wie Anmerkung zuvor, S. 2.

10 Quelle wie Anmerkung zuvor.

seitens westlicher Länder dazu, dass den westafrikanischen Fischern durch die überlegene Kapazität und Effektivität der zumeist europäischen Fangflotten die ökonomische Lebensgrundlage zerstört wird. Die den afrikanischen Ländern oftmals aufgezwungene Liberalisierung der Handelsbeziehungen<sup>11</sup> hat wiederum eine Überschwemmung der dortigen Märkte mit westlichen Billigprodukten aus zum Teil subventionierten Überproduktionsbeständen zur Folge, mit denen einheimische Produzenten (zum Beispiel Bauern) nicht konkurrieren können und deshalb ihre Existenzgrundlage einbüßen. Während also die eine (Export-)Fraktion des westlichen Kapitals aus ungleichen ökonomischen Beziehungen mit Afrika ihren Profit zieht und zugleich die dortigen Lebensgrundlagen beeinträchtigt, d.h. Fluchtursachen mitproduziert, profitiert die andere migrationsindustrielle Fraktion -selbstverständlich immer unter dem Werbebanner des selbstlosen Philanthropismus - von der Bewirtschaftung der Flüchtlingsaufnahme, -unterbringung und -betreuung. - Das Ganze natürlich wie immer auf Kosten und auf dem lebensweltlichen Rücken der Lohnabhängigen und von politischer Teilhabe weitestgehend ausgeschlossenen Steuerzahler.

Halten wir also fest: Eine hohe Geburtenrate infolge vormodern-patriarchalischer Sozialnormen führt bei ökonomischer Stagnation, handelspolitischer Unterlegenheit und ausgeprägter Korruption sowie repressiv abgesicherter sozialer Ungleichverteilung zu extrem hoher Arbeitslosigkeit und damit zu einem Heer junger, zumeist unqualifizierter/bildungsferner und perspektivloser Menschen, die vor dem Hintergrund irrational-rückständiger (islamisch geprägter) Sozialisationsverhältnisse zur leichten Beute radikalislamischer Rekrutierungsbemühungen werden können. Im Falle Nigerias wären das die Terrormilizen von Boko Haram, die ihr mörderisches Treiben über die Landesgrenzen nach Niger, Kamerun und den Tschad ausweiten. „Boko Haram“ heißt bekanntlich „westliche Bildung/Kultur verboten“, womit im Grunde das militant-konterrevolutionäre Gesamtprogramm des internationalen Djihadismus umrissen ist: Eliminatorischer Hass auf die säkulare Moderne, Demokratie, Menschenrechte und Führung eines permanenten Ausrottungsfeldzuges gegen jeden Ansatz einer freiheitlichen Lebensweise, die sich dem Zwang zur Unterwerfung unter eine diktatorisch verordnete Gottesknechtschaft verweigert.

4. Die Aufstandsbewegungen in den islamischen Ländern haben offenkundig nicht zu einer Demokratisierung und Modernisierung geführt, sondern im Gegenteil aufgrund fehlender politischer, kultureller und mentaler Fortschrittsressourcen einen regressiven Aufschwung radikalislamischer Bewegungen bewirkt und damit die gesamtgesellschaftliche Misere qualitativ verschärft<sup>12</sup>. Länder wie Syrien, Libyen, Irak, Jemen, Somalia, Afghanistan, aber auch zahlreiche weitere afrikanische Länder sind als politisch und territorial zerfallende Staaten zum Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen geworden, die neben barbarischen Auswüchsen auch Züge eines innerislamischen Religionskrieges zwischen den klassisch verfeindeten Sunniten und Schiiten beinhalten. Als anheizende und ausschlaggebende Hauptakteure stehen sich hier die folgenden Blöcke gegenüber:

A. Der von Saudi-Arabien und anderen reichen Golfstaaten angeführte Block der militanten Sunniten, der wiederum einen Binnenkonflikt mit den sunnitischen Terrormilizen (IS) aufweist.

B. Der vom Iran angeführte und unterstützte Block der militanten Schiiten (Assad-Regime, Hisbollah, Huthi-Rebellen, irakisch-schiitische Milizen).

---

11 Diese Aufzwingung verläuft nach dem Prinzip „Kreditvergabe gegen Liberalisierung“ (D.h.: Senkung oder Abschaffung von Zöllen; Marktöffnung; Senkung der Staatsausgaben; Privatisierung der Staatsbetriebe.)

12 Zur Kennzeichnung des Islamismus als regressive Widerspruchsverarbeitung vgl. Krauss 2008.

Als kontraproduktiv und problemverschärfend hat sich darüber hinaus auch das strategisch kopflose, Langzeitfolgen nicht berücksichtigende militärisch-politische Eingreifen der USA und anderer westlicher Länder erwiesen, so bereits bei der antisowjetischen Unterstützung der afghanischen Mujahedin durch die USA, der amerikanischen Kriegsführung im Irak, der Wegbombardierung des Gaddafi-Regimes in Libyen, der Kumpanei mit Saudi-Arabien bei gleichzeitiger Destabilisierung des Assad-Regimes (als eklatant kleineres Übel im Vergleich zur derzeitigen Situation) u.s.w. Nur in Ägypten wurde die Lektion praktisch zum Erfolg geführt, dass ein säkular-autokratisches Regime immer noch „besser“ ist als eine islamische Scharia-Diktatur oder ein von radikalislamischen Bewegungen erbeuteter failed state.

## 2. Flucht nach Europa als Naturgesetz?

Während also ein Teil der jungen, unqualifizierten, in vormodernen Traditionen erzogenen und unter repressiv-korrupten Bedingungen aufgewachsenen „Überschussbevölkerung“ sich radikalislamischen Gruppen anschließt, versucht ein anderer, größer werdender Teil aus den besagten Krisen- und Kriegsgebieten vornehmlich nach Europa zu gelangen, um dort ein vermeintlich „besseres Leben“ zu gewinnen<sup>13</sup>. Dabei handelt es sich nicht um die Ärmsten der Armen, sondern vielmehr hauptsächlich um jüngere männliche Angehörige der urbanen Mittelschicht, die über genügend finanzielle und physische Ressourcen verfügen, um Schlepper zu bezahlen und die risikokalkulierte Überfahrt über das Mittelmeer zu wagen. Laut Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge waren im vergangenen Jahr 66,6 Prozent aller Asylbewerber, die einen Erstantrag stellten, Männer. 2013 hatte ihr Anteil 63,4 Prozent betragen und im Jahr zuvor 61,8 Prozent. „Den prozentual höchsten Männeranteil wiesen 2014 mit 77,5 Prozent die 18- bis unter 25jährigen auf. Sie waren mit 40.355 Personen (23,3 Prozent aller Asylbewerber) zahlenmäßig auch gleichzeitig die größte Gruppe.“<sup>14</sup>

Es gibt aber auch einen dritten, „edleren“ Teil, der in den Krisenländer verbleibt, um sich vor Ort für wirtschaftliche Verbesserungen, für mehr Bildung, für Modernisierung und Demokratisierung einzusetzen und der die flüchtenden Landsleute außerhalb der unmittelbaren Kriegsgebiete dafür kritisiert, dass sie vor diesen progressiven bzw. entwicklungsnotwendigen Aufgabestellungen einfach weglaufen.

Demnach gibt es unterschiedliche Perspektiven auf die Flüchtenden und nicht nur das von den Medien und der Migrationsindustrie eindimensional „hochgezogene“ Klischee vom absolut alternativlosen Elendsflüchtling, der überhaupt gar keine andere Wahl hat, als mit Schleppern gen Westen übers Mittelmeer ausgerechnet nach Deutschland zu gelangen - mit dem unbedingten/nötigenden Anspruch, dass ihm *ausschließlich hier* geholfen werden *muss*. Obwohl es vielfach so suggeriert wird, ist die bisherige Lenkung der Flüchtlingsströme nach Europa kein zwangsläufiges Naturgesetz. Dahinter steckt vielmehr ein ganzes Bündel von zum guten Teil durchaus kontingenten (nicht zwangsläufigen bzw. umkehrbaren) Push-Pull-Faktoren, das sich einerseits aus gezielt produzierten und andererseits aus spontanen „Versatzstücken“ zusammensetzt, die sich wiederum zum Teil fatal verschränken:

---

<sup>13</sup> Bei dieser zahlenmäßig überwiegenden Gruppe, die keine politischen Asylgründe vorweisen kann, handelt es sich definitionsmäßig nicht wirklich um „Flüchtlinge“, sondern de facto um illegal Einreisende mit einem hohen Nötigungspotenzial. Denn laut der Genfer Flüchtlingskonvention (Artikel 1) weist nur diejenige Person einen Flüchtlingsstatus auf, „die sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt und wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung eine wohlbegründete Furcht vor Verfolgung hat und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen oder wegen dieser Furcht vor Verfolgung nicht dorthin zurückkehren kann.“

<sup>14</sup> <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2015/immer-mehr-maennliche-asylbewerber/>

So sind die Flüchtlingsdramen auf dem Mittelmeer das Resultat einer Verkettung von (a) lockenden Heilsversprechen der kriminellen Schleuser, (b) Heilserwartungen der illegalen Bootsflüchtlinge und (c) politisch-medialen Signalen der hauptsächlich europäischen Aufnahmeländer und ihrer Institutionen, die diese Werbe- und Erwartungsmuster bedienen und immer wieder stimulieren.

**1.** Bei genauerer Betrachtung handelt es sich bei der überwiegenden Mehrheit der Flüchtenden/irregulären Zuwanderer wie bereits aufgezeigt um jüngere männliche Angehörige aus der urbanen Mittelschicht der Herkunftsländer, die das nötige Geld für die Bezahlung der kriminellen Schleuser aufbringen können. Es kommen also nicht die „Ärmsten der Armen“, sondern die im Maßstab der Herkunftsländer besser gestellten und besser ausgebildeten Personen. So begeben sich Afrikaner bis zu hundert Mal mehr mit Hochschulabschluss auf eine Wanderung als Personen, die maximal eine Grundausbildung absolviert haben. (Klingholz/Sievert 2014, S. 20f.) Damit findet ein fataler Brain-Drain statt, der den entwicklungsblockierten Ländern enorme Kapazitäten entzieht und sie noch weiter ins Elend treibt. Offen und zukünftig genauer zu klären bleibt hier andererseits die Frage, ob die mitgebrachten Qualifikationen der Kriegsflüchtlinge, Asylbewerber und illegal Eingereisten für den europäischen/deutschen Arbeitsmarkt ausreichend sind, so dass sich daraus nachhaltige berufliche Integrationsprozesse ergeben. Darüber wäre eine exakte statistische Rechenschaftslegung seitens der zuständigen Institutionen im Sinne eines aussagekräftigen „Integrationsbarometers“ erforderlich, das wahrheitsorientierten (tabufreien) wissenschaftlichen Standards gehorcht und nicht „politisch-korrekten“ (Zensur-)Vorgaben.

**2.** So tragisch das Ertrinken von Flüchtlingen auf dem Mittelmeer auch ist, betrifft es doch nur einen kleinen Teil der Aufgebrochenen. Deshalb ist folgende Risikoabwägung nicht einfach von der Hand zu weisen: „Die Migranten kalkulieren genau. Sie wissen, dass die Überfahrt übers Mittelmeer für durchschnittlich rund 2 Prozent der Reisenden tödlich endet. Das ist tragisch und schlimm. Aber die illegalen Wirtschaftsmigranten nehmen dieses Risiko in Kauf, weil sie wissen, dass 98 Prozent der Flüchtenden den Transfer schaffen. Nicht die kriminellen Schlepper sind das primäre Problem. Die Tatsache, dass Europa seine Südgrenze nicht sichert, macht für die Wirtschaftsflüchtlinge die Schlepperzahlungen trotz gelegentlichen Todesfällen zu einer lohnenden Investition. Wer das europäische Festland erreicht hat, muss nicht mehr mit einer Rückführung rechnen. Nicht die Toten, die zahllosen Überlebenden sind der Maßstab.“<sup>15</sup>

**3.** Dieses illegale Zuwanderung zusätzlich stimulierende Risikokalkül wird darüber hinaus entscheidend durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ergänzt und abgesichert, das eine direkte Rückführung der Flüchtlinge an die afrikanischen Küsten im Februar 2012 als vorgeblich unvereinbar mit der Europäischen Menschenrechtskonvention eingestuft hat. In der Konsequenz spielt dieses Urteil den Akteuren der Schleuserkriminalität direkt in die Hände und untergräbt bzw. eliminiert ausschlaggebend die Handlungsmöglichkeiten zur Abwehr irregulärer Zuwanderung als notwendiges Mittel zur Sicherung staatlicher Souveränität. Denn: „Ohne funktionierende Grenzkontrollen, ohne eine Kontrolle der irregulären Migration und des Menschenhandels ist weder eine organisierte reguläre Migration noch eine faire Asyl- und Flüchtlingspolitik möglich“ (Klingholz/Sievert 2014, S. 25). Hervorzuheben ist in diesem Kontext auch der negative, aber sorgsam ausgeblendete Tatbestand, dass sich die nordafrikanisch-islamischen Mittelmeerländer überhaupt nicht an Rettungsaktionen der in Seenot geratenen Flüchtlinge

---

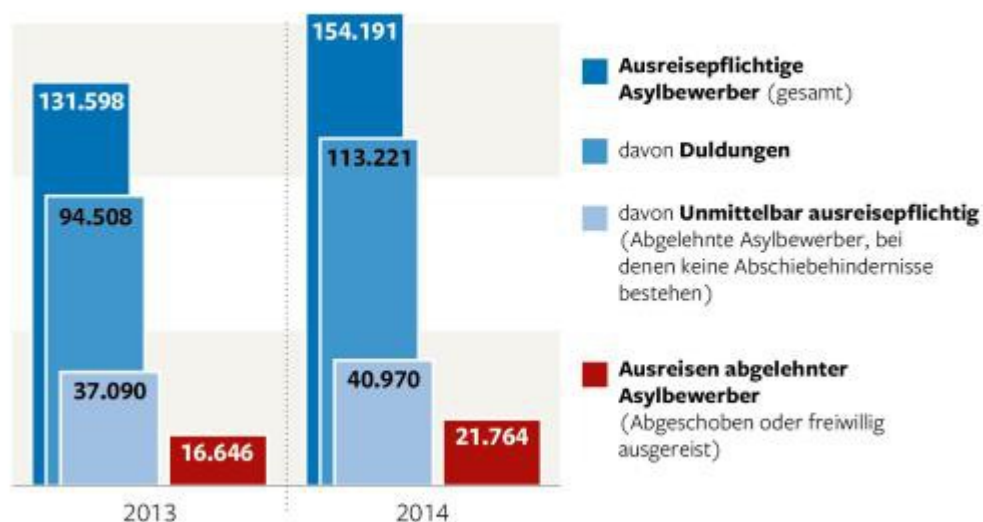
15 <http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2015-18/editorial-grenzen-die-weltwoche-ausgabe-182015.html>

beteiligen, andererseits aber als mehr oder minder passive Homebase der kriminellen Schleusernetzwerke fungieren.

4. Als zentraler Magnet bzw. Anziehungsfaktor für illegale Zuwanderung wirkt der Sachverhalt, dass der deutsche Staat seine eigenen rechtsstaatlichen Prinzipien missachtet und illegale Zuwanderer bzw. abgelehnte Asylbewerber nicht abschiebt. So standen 2014 202.834 Asylanträgen, von denen zwei Drittel abgelehnt wurden, 21.764 freiwillige Ausreisen und Abschiebungen abgelehnter Bewerber gegenüber (2013: 127.023/16.646). Eine sog „Unterarbeitsgruppe Vollzugsdefizite“ stellte fest, dass zwischen Januar und September 2014 aus den sogenannten sicheren Herkunftsstaaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina 31.000 abgelehnte Asylbewerber ausreisepflichtig gewesen seien, aber nur 2.595 abgeschoben wurden. Weiter heißt es: Von 84.850 Personen, die Ende des Jahres 2012 geduldet waren (sie hatten also kein Asyl zugesprochen bekommen), hielten sich zwei Jahre später immer noch mehr als 53.000 in Deutschland auf. Die Autoren schreiben, dass die Zahl der ‚Rückführungsdefizite‘ angesichts steigender Asylbewerberzahlen weiter wachsen werde.“<sup>16</sup>

In einem instruktiven Artikel vom 15. März 2015 zitierte DIE WELT den Vorsitzenden der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Rückführung (AG Rück), Wilfried Burghardt, mit folgenden Worten: „Deutschland zieht auch wegen des relativ niedrigen Abschiebungsrisikos so viele Asylbewerber an. Die Mängel bei der Aufenthaltsbeendigung sind ein wesentlicher Pull-Faktor“.<sup>17</sup>

## AUSREISEPFLICHTIGE IN DEUTSCHLAND



DIE WELT

Als zentrales Vollzugshindernis bei der Bearbeitung von Asylanträgen wird von den Behörden immer wieder der Umstand angeführt, dass die illegal eingeschleusten Antragsteller aufgrund der Instruktion durch die Schleuserkriminellen bewusst-vorsätzlich keine Ausweispapiere vorlegen, um auf diese Weise die Klärung der Identität zu behindern.

16 <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/auslaender-wer-einmal-in-deutschland-ist-wird-selten-abgeschoben-13601134.html>

17 <http://www.welt.de/politik/deutschland/article138669557/Warum-Deutschland-so-wenige-Asylbewerber-abschiebt.html>



Der Grund: Ohne Feststellung der Identität kann niemand abgeschoben werden. „Mehr als 80 Prozent der eingereisten Asylbewerber geben an, keine Pässe oder sonstige Dokumente zu haben. Viele haben Ausweis, Geburtsurkunde und andere identifizierende Dokumente verloren, vor der Einreise nach Deutschland vernichtet oder sie werden den deutschen Behörden nicht vorgelegt.“<sup>18</sup> Zudem werden mitunter falsche Herkunftsländer angegeben. „Nigerianische Asylbewerber behaupten oftmals, aus Kamerun, Zimbabwe oder Sudan zu stammen. In einigen Fällen kann das dann zwar durch eine Sprach- und Textanalyse widerlegt werden. Dadurch entstehen aber zusätzliche Kosten, und durch den bürokratischen Aufwand zieht sich das Verfahren weiter in die Länge.“<sup>19</sup>

Hinzu kommt, dass aufgrund der Schere zwischen rasant steigenden Asylbewerberzahlen einerseits und stagnierender bzw. punktuell reduzierter Personaldecke in den zuständigen Behörden andererseits die Bearbeitung von Rückführungen auf der Strecke bleibt: „Während sich in diesem Zeitraum die Zahl der Asylbewerber um 600 Prozent erhöht habe (von 33.000 im Jahr 2009 auf mehr als 200.000 im Jahr 2014), habe sich die Personalsituation bei 85 Prozent der Behörden entweder nicht erhöht oder sogar verringert.“<sup>20</sup> „Allein die statistischen Werte belegen“, so heißt es in dem internen Bericht der „Unterarbeitsgruppe Vollzugsdefizite“, „dass ohne massive Personalverstärkung bei den Vollzugsbehörden keine realistische Aussicht besteht, die Vollzugssituation erkennbar zu verbessern.“<sup>21</sup>

In Verbindung mit der vergleichsweise günstigeren Unterbringung, materiellen Versorgung, sozialen Betreuung und antizipierten Alimentierung führt der Abschiebungsverzicht – noch ergänzt durch die deutsche „Unterstützungsindustrie für illegale Immigranten“<sup>22</sup> - dazu, dass Deutschland neben Schweden zum europäischen „Traumland“ für Asylbewerber geworden ist:

---

18 Siehe Quelle wie Fußnote zuvor.

19 [http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/behoerden-bei-abschiebung-von-asylbewerbern-ueberfordert-13418947.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/behoerden-bei-abschiebung-von-asylbewerbern-ueberfordert-13418947.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2)

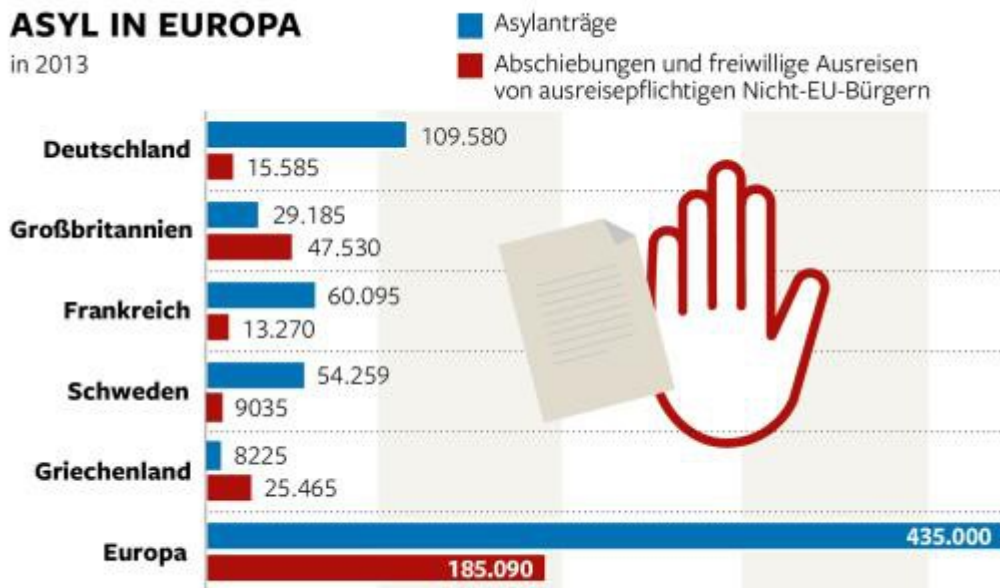
20 <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/auslaender-wer-einmal-in-deutschland-ist-wird-selten-abgeschoben-13601134.html>

21 Siehe Quelle wie zuvor.

22 Zu den Säulen dieser Unterstützungsindustrie zählen kommerzielle Hilfsorganisationen, Lobbyverbände der Asylszene, Kirchen und Aktivistengruppen zur rechtsbeugenden Verhinderung von Abschiebungen sowie zur Beratung zwecks Erschleichung von Abschiebehindernissen. „So informieren Organisationen wie der Flüchtlingsrat Niedersachsen unanfechtbar abgelehnte Asylbewerber etwa über die Möglichkeit, eine Ehe anzustreben oder Kinder zu bekommen.“ <http://www.welt.de/politik/deutschland/article138669557/Warum-Deutschland-so-wenige-Asylbewerber-abschiebt.html>

## ASYL IN EUROPA

in 2013



QUELLE: BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE / EUROSTAT

DIE WELT

Insgesamt leben nach Auskunft des Bundesinnenministeriums vom Januar 2015 600.000 abgelehnte Asylbewerber in Deutschland<sup>23</sup>. 2015 (Stand bis April) wurden in Deutschland 38,4 Prozent der Asylanträge in einer Sachentscheidung abgelehnt. Darunter fallen vor allem Einreisende aus sicheren Herkunftsländern wie Albanien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Kosovo, Mazedonien u.a.

5. Von illegalen Zuwanderern strikt zu trennen sind Kriegsflüchtlinge aus lebensbedrohlich umkämpften Gebieten wie aktuell insbesondere Syrien und die vom Islamischen Staat (IS) terrorisierten Regionen. Steht einerseits außer Zweifel, dass dieser Personengruppe Schutz zu gewähren ist, so ist andererseits grundsätzlich zu fordern, dass angesichts der großen Zahl von Betroffenen und gemäß dem Grundsatz eines ungeteilten humanitären Universalismus auf UNO-Ebene und im Folgenden auf regionalen Ebenen (EU; ASEAN etc.) ausgewogene Aufnahmekontingente auszuhandeln und festzulegen sind. Es kann also nicht sein, dass Kriegsflüchtlinge aus islamischen Ländern verstärkt nach Europa gelangen sollen, während andere Weltregionen, darunter islamische Kerngebiete, eine „No-way“-Politik betreiben. So ist es zum Beispiel absolut inakzeptabel, dass die angebliche „Festung Europa“ mit sich verstärkenden Flüchtlingsströmen konfrontiert wird und überdies als alleiniger Seenotretter fungieren soll, während gleichzeitig die reichen arabischen Ölstaaten wie Saudi-Arabien, Katar, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain sich systematisch abschotten und die Aufnahme von Flüchtlingen verweigern, obwohl diese in vielen Fällen die gleiche Sprache sprechen und der gleichen religiösen Weltanschauung anhängen, also in hohem Maße kulturell und normativ konvergent sind. Auf der einen Seite errichten Saudi-Arabien und Katar mit Hilfe westlicher Unternehmen und Militärberatern hohe Elektrozäune zur Grenzsicherung, auf der anderen Seite finanzieren und unterstützen sie islamistische Bewegungen und Terrorgruppen und heizen damit die Fluchtursachen nachhaltig an. Ihr Ziel ist der Sturz des alawitischen Assad-Regimes sowie die Schwächung des Irans als regionaler schiitischer Machtrivale. Die daraus erwachsenden Folgeprobleme in Gestalt riesiger muslimischer Flüchtlingsströme will man sich freilich vom Halse halten und gen Westen

<sup>23</sup> <http://www.cicero.de/berliner-republik/bundestagsvizepraesident-ueber-dresdner-demonstranten-pegida-anhaenger-nicht-zu>

lenken, mit dem willkommenen Nebeneffekt, dort die infrastrukturellen und personellen Basen für fortschreitende Islamisierungsprozesse aufzufüllen<sup>24</sup>. Wenn die Begründung für die Abschottungspolitik der arabischen Ölstaaten lautet, man wolle eine gesellschaftliche Destabilisierung vermeiden und das zerbrechliche Gleichgewicht der herrschenden Dynastien nicht gefährden, dann kann das aus europäischer Sicht nur als obszöne Zumutung gewertet sowie als politisch absolut inakzeptable Haltung behandelt werden. Das gilt gleichfalls für mehrheitlich islamische Länder wie Indonesien und Malaysia, aber auch für Thailand, die Flüchtlingsboote aus Myanmar und Bangladesch mit muslimischen Rohingya zunächst abfangen und aufs offene Meer zurückzwingen, um damit nachdrücklich zu demonstrieren, dass Flüchtlinge nicht willkommen sind<sup>25</sup>. Erst nach einem Krisengipfel auf Druck der internationalen Öffentlichkeit teilte dann der malayische Außenminister Anifah Aman Mitte Mai 2015 mit, dass man vorübergehend 7.000 Menschen aufnehmen und versorgen werde, „vorausgesetzt, die internationale Gemeinschaft sorgt innerhalb eines Jahres dafür, dass sie anderswo angesiedelt werden.“<sup>26</sup>

1. Juni 2015 (Teil II folgt in Kürze)

---

24 <http://www.hintergrund-verlag.de/texte-islam-hartmut-krauss-islamisierung-als-reales-phaenomen.html>

25 Vgl. zum Beispiel <http://www.tagesschau.de/ausland/indonesien-fluechtlinge-101.html>

26 Neue Osnabrücker Zeitung vom 21. Mai 2015, S. 4.